

Der Linke und der Minuszins

Bodo Ramelow über die Frage, wer wen enteignet

Wenn die Jenaer Volkswirte ihren Walter-Eucken-Preis verleihen, zieht das keine studentischen Massen an. Zwar wurde der geistige Vordenker und Wegbereiter der Sozialen Marktwirtschaft vor 125 Jahren in Jena geboren, auch sein Nachlass wird nun dort aufbewahrt. Doch hat der deutsche Volkswirte-Nachwuchs wohl das Gefühl, für die theoretischen und empirischen Anforderungen der modernen Ökonomik habe ihnen Eucken nicht viel zu bieten. Dafür zeigen sich andere neugierig und lernbereit, was Euckens Grenzziehung zwischen Markt und Staat angeht: Der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow, der die erste linke Landesregierung seit der Wende führt, nahm sich Zeit für ein Grußwort und ein paar Fragen an die versammelten Professoren.

Er habe ja ein Parteibuch, das ihn „in Widerspruch“ zu Walter Eucken setzte, hub Ramelow an. Aber auch er wolle, dass die Soziale Marktwirtschaft ihre Ausstrahlung behalte, indem sie für alle Beteiligten einen fairen Ausgleich schaffe und einen positiven Entwicklungsprozess. Der Online-Händler Zalando in Erfurt zahle seinen 4500 Mitarbeitern nicht den Tarif des stationären Handels, und Amazon erwirtschafte für Bad Hersfeld nicht einmal Steuern. Er freue sich über die Arbeitsplätze, aber wenn sich einer einen Vorteil erarbeite, den der andere nicht bekommen könne, mache ihm das Sorgen, sagte Ramelow. „Damit Sie mich nicht falsch verstehen, ich möchte nicht, dass der Staat bei Zalando oder Amazon eingreift“, aber „ungerechte Märkte“ habe Eucken nicht gewollt. Gehöre der Arbeitnehmer überhaupt zum Markt? Wer Werte schaffe, sei

Teil des Marktes. Aber ein Tarifvertrag, der für Friseure 3,28 Euro Stundenlohn festschreibe, sei indiskutabel, „Wir brauchen ausgleichende Kräfte, die in der Lage sind, Fairness im Wettbewerb zu organisieren.“

Offensichtlich kommt der Linken auch ein wichtiges Feindbild abhanden: der mit dem Zins wuchernde Kapitalist und Banker. Heftig kritisierte Ramelow, dass die von SPD und Grünen eingeführte kapitalgedeckte Altersvorsorge „durch die Nullzinspolitik enteignet“ wird. Und wenn niederländische Banken hochverschuldeten deutschen Städten wie Essen zum Negativzins Kassenkredite anböten, also Geld drauflegten, damit sich diese noch weiter verschulden, gehe etwas richtig schief. „Das war alles nicht Sahara Wagenknecht“, rief Ramelow. Die Linke kriege immer alles in die Schuhe geschoben, der Linke wolle angeblich immer alles enteignen. Doch da sei er ganz unverdächtig. „Die Minuszinspolitik ist organisierte Enteignung der Bürger“, darüber müsse man reden.

Dass ein Linker gegen die Niedrigzinspolitik wettet, sorgt für Raunen im Publikum. Eine Antwort bekommt Ramelow allerdings nicht. Der nächste Redner, Reinhold Groppe, Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle, wirkt ratlos. Eigentlich müsse er sein Manuskript zur „Geldpolitik im Spannungsfeld von Ordnungskonformität und fiskalischen Ansprüchen“ nun weglegen, aber so gut sei er nicht. Vielleicht hört Ramelow ja demnächst vom jungen Eucken-Preisträger Stefan Bauernschuster aus Passau mehr zu den Fragen, die ihn zu Recht umtreiben. hig.